

18. November 2008
Der Standard

Proteste gegen Pläne, Orte vom Zugverkehr abzuschneiden Kritik an ÖBB: In Salzburg könnte es ab Herbst 2009 Geisterbahnhöfe geben, denn für den Nahverkehr fehlt Geld

Salzburg / St. Pölten - Für Pendler werden die Zeiten offenbar auch mittelfristig nicht besser. Während in Niederösterreich Unmut über die Änderungen in den ÖBB-Fahrplänen für 2008/2009 herrscht, die am 14. Dezember in Kraft treten (der Standard berichtete), verhandeln die Bundesbahnen mit den Ländern bereits über die Fahrplanänderungen im Jahr darauf - und dabei spießt es sich vor allem in Salzburg.

Grund dafür: Einige Orte im Pinzgau könnten ab diesem Zeitpunkt trotz vorhandener Bahnhöfe vom Zugverkehr abgeschnitten werden, weil keine Züge mehr halten. Konkret geht es um die Gemeinden Eschenau, Gries im Pinzgau, Maishofen und Gerling. Wer dort kein eigenes Auto besitze, werde dann ein echtes Problem haben, beschwert sich die Eschenauerin Marianne Zehentner: "Vom nächsten Bahnhof aus geht man bis in unseren Ort mehr als eine Stunde. Da wird man wohl zum Bittsteller bei Autofahrern werden müssen, die einen mitnehmen könnten."

S-Bahn-Strecke wird kürzer

Derzeit werden die betroffenen Bahnhöfe noch von S-Bahn-Zügen bedient, die zu Spitzenzeiten von Salzburg bis nach Zell am See und Saalfelden fahren. Laut Landesplänen sollen diese Züge in Zukunft schon in Golling enden. Nicht einmal eine Verknüpfung mit dem geplanten Pongau-Takt in Bischofshofen sei eingeplant, kritisiert die Salzburger Verkehrsplattform.

Die Schuld dafür sei aber nicht bei den ÖBB zu suchen, sagt Plattform-Sprecher Peter Haibach, sondern bei "einer bornierten Landesverkehrsplanung". Während die ÖBB einen Fahrplan vorgelegt hätten, der "alle Anforderungen" erfülle, sei das Land "nicht bereit, Geld in die Hand zu nehmen". Konkret gehe es um insgesamt acht Millionen Euro im Jahr für die Nahverkehrsbestellung: Jene Summe, die das Land Salzburg laut ÖBB beisteuern müsste, um den vorgeschlagenen Fahrplan zu finanzieren. Zum Vergleich: Tirol zahlt jährlich 14 Millionen Euro zu.

Die zugreifen Bahnhöfe würden auch Vorteile für Bahnreisende bringen, meint indes Landeshauptfrau-Stellvertreter Wilfried Haslauer (VP): Die Verkürzung der S-Bahn werde Kapazitäten für Regionalexpresszüge freimachen. Um mehr Geld in den Nahverkehr zu stecken, brauche es zudem "ein klares Commitment" von Finanzreferent David Brenner (SP). Laut ÖBB müssen die diesbezüglichen Verhandlungen schon bis 1. Dezember 2008 abgeschlossen sein, um im Fahrplan 2009/2010 Nah- und Fernverkehr aufeinander abstimmen zu können.

Nicht nur im Personenverkehr, sondern auch bei den Güterverbindungen herrsche Ressourcenknappheit, kritisierte am Montag Niederösterreichs Grünen-Chefin Madeleine Petrovic. Niederösterreichische Firmen beschwerten sich immer wieder, dass einzelne Waggons nur schwer zu buchen seien. "Den ÖBB sind zusammenhängend gebuchte Züge am liebsten, weil es vielfach veraltete Kuppelanlagen gibt." In Sachen Pendler planen die Grünen kommenden Montag Proteste: Im Fahrplan sollen alle Einsparstrecken schwarz hervorgehoben werden. (bri, pehe/DER STANDARD, Printausgabe, 18. November 2008)

Link zum Online-Artikel:
<http://derstandard.at/?url=/?id=1226396979417>